

# Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Leipzig.  
Raben & Komp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Postkonto:  
Gebr. Knobloch, Dresden.

**Organpreis** einschließlich Bringerlohn monatlich 4,50 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 13,50 M., unter Kreuzband für Deutschland und Ost- und Westeuropa monatlich 7,25 M., für den Ausland 10 M., für den Fernraum 12 M. Abrechnung: Dresdner Volkszeitung.

**Schriftleitung:** Wettinerplatz 10, Tel. 25 261.  
**Verwaltung:** nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
**Geschäftsstelle:** Wettinerplatz 10, Tel. 25 261.  
Die Geschäftsstelle ist von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

**Anzeigenpreis:** die halbspaltige Spaltenbreite 1,80 M., Familienanzeigen 1,30 M., die halbspaltige Spaltenbreite 6,00 M. Bei mehrmaliger Aufnahme Ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ihre Veröffentlichung im Nachhinein an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefwechselung 20 Pf.

Nr. 107

Dresden, Dienstag den 11. Mai 1920

31. Jahrg.

## Die sächsische Verfassung und die Arbeiterklasse

Am Mittwoch beginnt die Volkskammer die Beratung über die wichtigste aller ihr bisher vorgelegten Fragen, die über die neue sächsische Verfassung, die in den Worten gipfelt: „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus. Das Volk übert seinen Willen durch Wahlen und Volksentscheid.“ Entsprechend der Neugestaltung im Reich baut sich der Entwurf im wesentlichen auf die Bestimmungen der Reichsverfassung auf. Er bezieht sich dabei möglichst klar und deutlich auf Bestimmungen, die die Reichsverfassung für die einzelnen Länder getroffen hat, werden nicht wiederholt, auch sonst wird dem Entwurf alles ferngehalten, was nur überflüssiges Bauwerk sein würde.

Die Arbeiterklasse hat alle Ursache, an der baldigen Entscheidung der Verfassung tatkräftig mitzuwirken. Dazu gehört nicht nur, daß ihre Vertreter in der Volkskammer versetzen, dies und jenes im Entwurf noch präziser im Sinne einer demokratischen Entwicklung zu fassen, sondern auch, die Massen der Arbeiter für das für die Geschichte Sachsens bedeutsame Werk zu interessieren.

Der sächsische Entwurf beantwortet die Kernfrage aller sozialistischen Fragen, ob die Arbeiter in der Verfassung einen gesetzlichen Weg zu ihren Zielen offen finden, mit klarem Ja, und die weitere Frage, ob sie sich diesen Weg erst mit Gewalt öffnen müssen, mit ebenso klarem Nein.

Selbst: Wegen des Gottesgnadentum, das Zweikammerheit mit seinen verstaubten Herrenhäusern, und andere Mismen-Parlamente, ja selbst gegen das elendeste aller Wahlsysteme ist nie ein solch mächtiger Aufsturm der Kräfte entsetzt worden wie von unabhängig-parlamentarischer Seite gegen die Reichsverfassung. Wobei ganz vergessen wurde, daß wir seit dem 9. November 1918 die Staatsform haben, für die wir ja jahrzehntelang gekämpft, die Demokratie, von der wir aus den Worten unserer Beherrscher wissen, daß wir unter ihrem Segel den Sozialismus verwirklichen können.

Frei: In revolutionären Zeiten, wie den unsren, können Ziele, die gestern unerreichbar schienen, morgen schon überholt sein. Wenn auch wahr ist, daß die Reichsverfassung auch nicht die noch ihr geschaffene sächsische Verfassung die demokratischste der Welt sind, so sei es uns fern, zu behaupten, daß wir mit ihnen restlos zufrieden wären, daß wir sie nicht in sächsischer Gestalt gestalten könnten.

Aber recht oberflächlich ist es, blind Drauflos zu fordern, wie es z. B. die Unabhängigen tun, wenn sie in Nr. 101 der U. B. bemängeln, daß der sächsische Entwurf nur den Volksentscheid, nicht auch das Volksbegehren (Initiative) enthält. Dieser Entwurf ist für den Aufstieg der Arbeiterklasse ebenso wenig wie die Reichsverfassung ein unüberwindliches Hindernis; und wenn er es wäre, wäre er sehr einfach, nachdem er selbst geworden, auf gleichmäßigem Wege zu ändern.

Selbst wenn es wahr wäre, was die Radikalen sagen, daß die Verfassung, die wir nur wegen des Verhaltens der Unabhängigen mit den Bürgerlichen gemeinsam machen müssen, ein Hindernis für die Sozialisierung sei, so folgere daraus immer noch nicht, daß sie gewaltsam beseitigt, sondern daß sie durch das Volk durch eine andere bessere ersetzt werden muß.

Selbst es der Arbeiterklasse, bei den Wahlen die ausschließliche Macht zu gewinnen, dann kann sie nicht nur politisch regieren, sondern auch über die Wirtschaft in jeder Form ihre Herrschaft ausüben. Dann wird die einzige Grenze weitreichender Sozialisierungspläne nicht die Verfassung, sondern die Erkenntnis des unerbittlich wirkenden und Praktischen sein. Also auch wirtschaftlich gebadet: Die Verfassung hindert nicht nur nicht den Aufstieg der Arbeiterklasse zum Sozialismus, sie legt ihr vielmehr den Weg zu ihm offen, soweit sie dazu imstande ist.

Zusammenfassend wäre also zu sagen: Mögen die Arbeitervertreter in der Volkskammer versuchen, in den Entwurf noch hineinzubringen, was noch fehlen sollte. Soweit das dort nicht gelingt, ist deshalb nichts verloren. Will die Arbeiterklasse ihren Willen entscheidend zur Geltung bringen, braucht sie nur in Erkenntnis ihrer Interessen einzig zu sein, um mit ihrer natürlichen Mehrheit bei den Wahlen oder Volksentscheidungen sich durchzusetzen. Einem großzügigen sozialistischen Neuaufbau der Wirtschaft, der vom Willen der Arbeiterklasse getragen wird, steht in keinem einzigen Falle die Verfassung, sondern einzig Uneinigkeit und mangelndes Wissen der Arbeiterklasse entgegen. Je mehr die Massen tief eindringen in Sinn und Wesen der Verfassung, desto eher wird der auf Unwissenheit beruhende Radikalismus verwinden. Schon heute würden Tausende von Arbeitern den radikalen Vorposten nicht mehr glauben, wenn sie nur wüßten, daß ihnen die Verfassung ein Mittel an die Hand gibt, alle ihre Wünsche auf dem Wege der direkten Gesetzgebung durch das Volk zur Geltung zu bringen.

Selbst also die Arbeiterklasse auf dem Boden der Verfassung zu einigen. Auf dem Boden der Verfassung — das heißt nicht, daß die Arbeiter jede ihrer Forderungen unbedingbar annehmen lassen, sondern es heißt, daß Veränderungen nur mit den Mitteln, die die Verfassung bietet, vorgenommen werden sollen. Unsere Aufgabe ist es, die Arbeiterklasse weit mehr als bisher zu führen im Bewußtsein aller verfassungsmäßigen Möglichkeiten zur Fortführung ihres Kampfes. Sie und nicht die Radikalen, die man eines Tages losgerissen hätte, die Verfassung umzuführen, weil sie nicht wissen, was darinnen stand. Wenn sie aber wissen, was in der Verfassung steht, werden sie nicht gegen sie kämpfen, sondern sie werden von den Radikalen, die sie ihnen bietet, Gebrauch machen, um ihre letzten Ziele zu erreichen. Daß das Vorgehen recht schnell der Fall sein möge, ist unter allen Umständen zu wünschen.

Robert Ribert.

## Unsre Kandidaten für Ostfachsen

Die Sozialdemokratische Partei stellt für die Reichstagswahlen des Reiches Dresden-Gauten folgende Kandidatenliste auf:

1. Wilhelm Voss, Stadtrat, Dresden-N., Räderstr. 14.
2. Richard Schmidt, Stadtr. Vorsteher, Meißner, Martinstr. 6.
3. Hermann Rahmann, Mechaniker, Postdoppel, Sörgelstr. 10.
4. Hermann Krüger, Beamter, Berlin, Libauer Str. 10.
5. Ernestine Luhe, Hausfrau, Dresden-N., Obergarten 21.
6. Hermann Hänsch, Expedient, Zittau, Sächsische Str. 8.

7. Helmuth Schumann, Geschäftsführer, Gassebaude, Weinbergstr. 18.
8. Edmund Fischer, Schriftsteller, Remig-Dresden, Lalkstr. 1.
9. Hedwig Kurz, Arbeiterin, Dresden, Kronprinzenstr. 46.
10. Reinhold Weinholt, Lagerhalter, Grödig.
11. Viktor Braune, Kaufmann, Stadtrat, Dresden, Wiener Str.
12. Heinrich Kamp, Lagerhalter, Vordorf 5, Dresden.
13. Franz Holzappel, Redakteur, Dresden, Lenbachstr. 5.
14. Willi Pohlmann, Stadtrat, Meißner.
15. Max Pinter, Eisenarbeiter, Dresden, Deubener Str. 88.

## Standrecht über Litz

Litz, 10. Mai. In einer kommunikativen Versammlung, die den Rücktritt des sozialdemokratischen Landesparlamentarieres Grube verlangte, kam es zu ersten Unruhen. Hierbei wurden zwei tote und acht Verwundete bei der Menge und zwei Verwundete bei der Polizei mehr festgestellt.

Am 11. Mai. Aus Anlaß der Demonstration in Litz, bei welcher es zu schweren Ausschreitungen kam und im Verlauf welcher mehrere Personen getötet worden sind, ist heute nacht über Litz das Standrecht verhängt worden.

## Ungarn unterzeichnet

Budapest, 11. Mai. Es bestätigt sich, daß Ungarn unter dem Zwang der Verhältnisse sich zur Unterzeichnung des Friedensvertrags entschließen müssen. Die Unterzeichnung wird jedoch unter Protest erfolgen. Keinesfalls werden die Mitglieder der Friedensdelegation unter dem Vertrag ihre Unterschrift setzen, sondern ein Beamter wird den Auftrag erhalten, unter Verlesung einer Protestkundgebung die Unterzeichnung vorzunehmen.

Also auch die Herrschaft der Nationalisten kann Ungarn vor der Unterzeichnung des Gewaltfriedens nicht bewahren. Bitte, das wohl zu beachten, Herr Helferrich!

## Offizierskomplott in Griechenland

Athen, 10. Mai. In der Angelegenheit des Komplotts der reaktionären Offiziere zu dem Sturz des bestehenden Regimes und zur Ermordung Venizelos wurden General Sibirris, der Anführer des Komplotts, und drei andere Offiziere zu lebenslänglichem Gefängnis, 15 weitere Offiziere zu 15 bis 20 Jahren Gefängnis verurteilt.

## Masaryks Rücktritt

Prag, 11. Mai. Die Nachricht, daß Präsident Masaryk zurücktreten will, um sich seiner Neuwahl durch die Nationalversammlung zu unterziehen, hat solches Aufsehen in der politischen Welt erregt, daß sich die Regierung entschloß, die Nachricht, auch soweit sie richtig war, zu dementieren. Der ganze Angelegenheit nimmt jedoch das Verfassungsrecht das Entscheidende, da bei einer im konstitutionellen Sinne erfolgenden Absetzung des Pr.

## Um die Kriegsschädigung

Die deutsche Regierung hat entgegen allen auswartigen Meldungen keinen Versuch gemacht, die Zusammenkunft in Spa hinauszuschieben. Trotzdem soll diese, wie wieder aus Brüssel gemeldet wird, nun doch erst später stattfinden, und zwar Ende Juni. Wahrscheinlich geht diese Verzögerung auf Frankreich zurück, das vor allem über die Frage der Kriegsschädigung mit den Alliierten erst zu reiner kommen will. In einer inspirierten Mitteilung des Journalists wird jetzt zum ersten Male angedeutet, daß Frankreich der Festlegung einer Gesamtsumme als Kriegsschädigung und ihrer Verteilung auf mehrere Jahresraten zustimmen könnte, wenn die Verbündeten es erwidern würden, von Deutschland ein greifbares Pfand für die Tilgung zu fordern.

Der Frankf. Hg. zufolge hat die deutsche Regierung der Friedenskommission in Paris durch den deutschen Vertreter mitteilen lassen, daß sie mit Rücksicht auf die bevorstehende Konferenz in Spa keine Vorläufe für die Art der Kriegsschädigung machen wolle. Die deutsche Regierung nach dem Friedensvertrag zuletzende Zeit für die Einreichung von Vorläufen zur Regelung der Entschädigungsumme ist heute, am 10. Mai, abgelaufen. Trotzdem hielt es die deutsche Regierung, wie sie in der Erklärung ihres Vertreters angegeben hat, für richtig, daß die deutschen Pläne nicht einseitig unterbreitet, sondern in Zusammenarbeit mit den Staatsleitern des Verbandes festgelegt werden.

Der Figaro behauptet, daß die Rede des Finanzministers Dr. Wirth in Dresden die deutsche Einstellung für die Debatte in Spa bedeuten soll. Deutschland plädiert nicht mehr auf unbedingte, aber auf zahlungsmäßige. Mit aller Energie mußte der hauptstädtliche Delegierte in Spa nachdrücklich, daß die Verhandlungen sich nicht in wirtschaftlicher Einzelheiten verlieren. Es komme nicht darauf an, die Höhe der Kriegsschuld festzulegen, sondern ein Pfand für die Zahlung zu sichern.

## Mittel für wohltuende Berücksichtigung

Bei Verhandlung der Interpellationen über die auswärtige Politik sagte Finanzpräsident Rittl in der Kammer über die Konferenz in Spa:

Während des Einführungszeitraums zur Verfassung die Neuwahl des Präsidenten selbstverständlich eintreten und der bisherige Präsident so lange im Amt bleibt, bis die Neuwahl erfolgt.

## Islam und Bolschewismus

Aus Konstantinopel berichtet Sabas, daß die nationalistischen Truppen ihren Vormarsch mit verstärkten Streiftätigkeiten fortsetzen und jetzt die Dardanellenhäfen bedrohen.

Die Times melden, wurde zwischen Sowjetrußland und den türkischen Nationalisten ein Militärvertrag für den Zeitraum von 20 Jahren abgeschlossen, nach dem sich die türkischen Nationalisten verpflichten, nicht in eine Verminderung der türkischen Souveränität einzuwilligen, während Sowjetrußland die Verpflichtung übernimmt, den Türken im Falle eines Angriffs der Alliierten beizustehen.

## Japan in Sibirien

Weking, 10. Mai. Nach einer Charkower Meldung wird durch Heuter halbamtlich berichtet:

In den letzten Tagen haben die Japaner in geheimen neun Wagnerschlachten und acht Wagnerschlachten in Richtung nach Sibirien befohlen lassen. Kerner wird gemeldet, daß die 6., 13. und 14. japanische Division in Sibirien nach Sibirien abgegangen sind.

## Krise in Finnland

Kopenhagen, 10. Mai. Nach einem Telegramm der Berlinerische Tidende aus Helsinki steht dort eine politische Krise bevor. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Landtages hatten den Landtagspräsidenten Roland zum Rücktritt veranlaßt und gedroht, die gegenwärtige Regierung zu stürzen und darauf ein neues Ministerium aus Sozialdemokraten und Radikalen zu bilden. Bei der Abstimmung über den neuen Präsidenten erhielt der bürgerliche Kandidat 81, der sozialdemokratische 72, das Mitglied der schwedischen Partei 19 Stimmen. Der Landtag verlegte sich bis zum 14. Mai.

An Bezug auf die Wiedergutmachungen werde man Deutschland bekräftigen geben, eine runde Summe zu nennen, die von den Alliierten unparteiisch geprüft werden würde. Dem deutschen Verlangen auf Ueberlassung von Geschüften und Flugzeugen würden die Alliierten aber nicht entsprechen können. Es seien nur die deutschen Wünsche zur Regelung seiner Produktion wohlwollend berücksichtigt werden.

Der Abanti sowie die führende katholische Presse drücken in ihren Spalten an, daß eine Annäherung der beiden politischen Parteien in Italien, nämlich der Katholischen Volkspartei und Sozialdemokratischen Partei, sich wünschenswert habe. Die Führer beider Parteien sprechen sich über eine Annäherung an Deutschland und Österreich und für die Wiederaufnahme der vor dem Brüche bestehenden Beziehungen aus.

## Konferenzen

Rotterdam, 11. Mai. Der Vortier Interkontinent gibt folgendes Programm für die vier nächsten Konferenzen in Antwerpen, Paris, Spa und Brüssel: Die erste, die gegen den 18. Mai in Antwerpen beginnen soll, dürfte mit einer englisch-französischen Einigung über alle Fragen enden, die man in Spa zur Entscheidung bringen wird, nämlich bezüglich der Kandidaten gegen die Verbrüder spanischer Delegation, Entschädigung der Alliierten, Ausübung der finanziellen Bestimmungen und der letzten gegenüber Deutschland zu ergreifenden Maßnahmen.

Die zweite Konferenz ist eine deutsch-französische, die am 16. Mai in Paris stattfinden wird, auf der nur wirtschaftliche Fragen und nicht die mit dem 21. Mai abzuhaltende der verwandten französischen Prominen beschäftigen, zur Entscheidung gelangen werden.

Auf Spa liegt kein amtliches deutsches Verbot um Berücksichtigung der Verhältnisse durch die Vortier Konferenz.

Die letzte, nämlich die in Brüssel stattfindende Konferenz, hat sehr buntes Aussehen, aber von großer Wichtigkeit; sie wird die letzten finanziellen Status klären.

## Der Krieg der Sinnfeiner

Amsterdam, 10. Mai. Eine Nachricht, daß die deutsche Regierung sich zu einer Einigung mit den Alliierten über die Kriegsschädigung in Spa abgefunden hat, ist in die Luft gesprengt. Drei Nachrichtenagenten in Amsterdam auf.